

(A) Es ist ein völlig anderes gesellschaftspolitisches Verständnis, das hinter den beiden Konzepten steht. Für die Linke ist klar, dass eine nachhaltige Landwirtschaft soziale, ökologische und ökonomische Funktionen im Interesse der gesamten Gesellschaft erfüllen muss. Bei diesem Ziel muss die Agrarwissenschaft unterstützend tätig sein. Dazu braucht es eine klare strategische Ausrichtung, koordinierte Strukturen und eine bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ausstattung von Lehre und Forschung. Das BMELV könnte dabei beispielgebend vorgehen. Aber das Gegenteil ist der Fall. In der ministeriumseigenen Agrarressortforschung wurden 1996 und 2007 Standortschließungs- und Personalabbaukonzepte im Bundestag mehrheitlich beschlossen. Sie werden schrittweise umgesetzt, ohne eine Analyse der Folgen dieser aus unserer Sicht falschen politischen Entscheidungen vorzulegen.

Diese ist überfällig, und wir fordern sie heute erneut ein. Bis zu einer abschließenden Bewertung müssen weitere Standortschließungen ausgesetzt werden. Es müssen in jedem Einzelfall alle Möglichkeiten geprüft werden, eine Standortschließung zu vermeiden und frei werdende Stellen wieder zu besetzen. Das sind wir den engagiert arbeitenden Beschäftigten in diesem Bereich schuldig.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch nie standen die Agrarwissenschaften vor so großen Herausforderungen wie heute. Klimawandel, Raubbau an Wäldern und Ausbeutung der Meere, Rückgang der Artenvielfalt, Bienensterben, Verseuchung von Böden und Wasser durch Pestizide und Bodenerosion gefährden die elementaren Lebensgrundlagen und ihre Nutzung. Weltweit steigt die Zahl der Hungernden, heute bereits auf über eine Milliarde Menschen. Gleichzeitig leiden bei uns immer mehr Menschen, besonders Kinder und Jugendliche, unter Fehlernährung und ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes, Adipositas, Allergien oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Weltgesundheitsorganisation, WHO, spricht in diesem Kontext öffentlich von einer „Epidemie“.

Für diese Herausforderungen muss die Agrarforschung moderne, multisystemare Antworten entwickeln: zum Beispiel innovative Fruchtfolgekonzepte im Rahmen einer Eiweißstrategie oder Erhöhung der Wasserspeicherungs- und -rückhaltekapazität der Böden durch nachhaltigen Humusaufbau und intelligente Beweidungssysteme. Wir brauchen gute Forschung in der Tier- und Pflanzenzucht, um nachhaltige und artgerechte Tierhaltung und Pflanzenbau ohne Unmengen an Dünger und Pestiziden betreiben zu können, Forschung in der Tierseuchenbekämpfung oder umweltgerechten und ökologischen Pflanzenschutz, Nahrungsmittelverarbeitung ohne Zusatzstoffe und Geschmacksverstärker, Verpackungen ohne hormonell wirksame Bestandteile wie Bisphenyl A. Überall mangelt es an Forschung, die den modernen Interessen der Verbraucher, der Umwelt und dem Tierschutz gerecht wird.

Die Bundesregierung setzt dagegen ihre Forschungsschwerpunkte einseitig auf Konzepte des vorigen Jahrhunderts wie Produktionssteigerungen im Fleisch- oder Milchsektor oder den Ausbau der Agro-Gentechnik. Für die nationale Bioökonomiestrategie sind 2,4 Milliarden

(C) Euro vorgesehen, der Großteil für die Gentechnikforschung – eine völlig einseitige Ausrichtung an den Interessen einiger Konzerne. Diese unverantwortliche und überhaupt nicht „wissenschaftsbasierte“ Schwerpunktsetzung blendet die Frage von Nutzen und Risiken der Gentechnikforschung völlig aus. Im letzten Sommer verließen die Umweltverbände unter Protest den „Runden Tisch Pflanzengenetik“, weil das BMBF ihre konkreten Anforderungen an eine wissenschaftlich seriöse Risikoforschung, zum Beispiel zur Verbreitung von Transgenen über Bestäuberinsekten oder zu Test- und Bewertungsmethoden für die Beurteilung der Sicherheit von Genpflanzen, mit unwissenschaftlichen Behauptungen beiseiteschob.

Nicht akzeptabel ist die Einflussnahme des Bioökonomierates auf die politischen Entscheidungen. Dieses mit 2 Millionen Euro aus Steuermitteln finanzierte Gremium ist de facto eine staatlich bezahlte Lobbyplattform für Agro-Gentechnikproduzenten wie BASF oder KWS. Bereits 2008 haben wir mit einer Studie auf die höchst bedenkliche Verflechtung zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Gentechnikindustrie aufmerksam gemacht. In einem aktuellen Dokumentarfilm – „Verkaufte Wahrheit“ – werden die Abhängigkeit der Forschung und die Diskriminierung unabhängiger Forschung weiter belegt.

Trotz Milliardeninvestitionen in Exzellenzinitiativen geht der Personalabbau in der Ressortagrarforschung weiter. Seit 1996 wurde die Zahl der Stellen in der Ressortforschung des BMELV fast halbiert: von 3 600 auf unter 2 000. Dabei wäre ein Ausbau dieser Agrarforschung gerade jetzt von entscheidender Bedeutung.

(D) Statt dass weiter Milliarden in der riskanten und nutzlosen Agro-Gentechnikforschung verpulvert werden, fordern wir den Stopp der Entwicklungsforschung für die Agro-Gentechnik. Die dadurch eingesparten Mittel müssen für die Unterstützung der Agrarressortforschung in den Zukunftsbereichen Ökolandbau, Ernährungs- und Verbraucherschutz und für den Ausbau der unterfinanzierten Bereiche wie zum Beispiel der Gartenbauforschung eingesetzt werden.

Eine moderne Agrarforschung muss in nationalen und internationalen Netzwerken arbeiten. Deshalb begrüßen wir die Gründung der Deutschen Agrarforschungsallianz, DAFA, und fordern die Bundesregierung auf, diese neue Initiative beim Aufbau von Netzwerken weiter zu fördern. Das von den Linken vorgeschlagene Forschungsnetzwerk ist ein zu bürokratischer Ansatz, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche stärken (Tagesordnungspunkt 15)

Dr. Peter Tauber (CDU/CSU): Chancengleichheit ist aus Sicht der CDU für alle Menschen in unserem Land, gleich welchen Alters oder welcher sexueller

- (A) Orientierung, der Ausgangspunkt für das gesellschaftliche Zusammenleben und den Zusammenhalt. Nicht ohne Grund hat die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag deshalb vereinbart, bestehende Benachteiligungen in allen Lebensbereichen, sei es Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft, weiter abzubauen.

Ich gebe den Antragstellern von Bündnis 90/Die Grünen Recht: Es muss eine Kultur der Vielfalt entstehen, allerdings ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verlieren. Aus diesem Grund ist es wichtig, besonders den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Umfeld zu ermöglichen, in dem sie selbstbestimmt ihre sexuelle Orientierung leben können.

Betrachtet man die Situation von homosexuellen und transsexuellen Jugendlichen heute, so gibt sich ein nicht eindeutiges Bild. Nach wie vor sind diese Gruppen Benachteiligungen ausgesetzt. Vieles läuft dabei auch im subtilen Bereich, was einer systematischen und quantifizierbaren Bestandsaufnahme verschlossen bleibt.

Aber es befindet sich auch ein ganz zentraler Satz im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, nämlich „Vieles hat sich zum Positiven entwickelt“. Dieser Satz ist wichtig. Ich denke, wir sollten bei dieser Debatte die Situation der Schwulen, Lesben und Transsexuellen in Deutschland nicht schlechter machen als sie tatsächlich ist. Denn eines ist auch klar: Insgesamt leben Lesben und Schwule heute so frei und selbstbestimmt wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. In breiten Teilen unserer Bevölkerung herrschen heutzutage Toleranz und Respekt.

- (B) Es ist in den zurückliegenden Jahren viel erreicht worden, insbesondere wenn man betrachtet, wo wir herkommen. Bis 1969 war in der Bundesrepublik mit § 175 StGB Recht aus dem Dritten Reich gegen Homosexuelle in Kraft, und es drohte damit für sexuelle Kontakte zwischen Männern Freiheitsentzug. Und erst 1990 strich die Weltgesundheitsorganisation WHO Homosexualität von der Liste psychischen Krankheiten – am 17. Mai 1990. Dieser Tag wird seither weltweit als „Internationaler Tag gegen Homophobie“ begangen.

Die Diskriminierung liegt eben nicht lange zurück. Umso schöner ist es zu sehen, dass Homosexuelle heute immer ungestörter ihren individuellen Lebensentwurf ausleben können. Dies ist ein Erfolg, ohne Zweifel. Aber eine vollständig diskriminierungsfreie Republik erfordert einen Mentalitätswechsel bei vielen Personen, der realistischer Weise nicht von heute auf morgen geschehen wird.

Ich stimme zu, dass insbesondere im Bereich der Homosexuellenfeindlichkeit unter Menschen mit zumeist muslimischem Migrationshintergrund noch kein rundum zufriedenstellender Zustand erreicht ist. Jugendliche mit Migrationshintergrund – vor allem aus muslimischen Ländern – haben es nach wie vor deutlich schwerer, sich zu ihrer sexuellen Orientierung zu bekennen. Auf Akzeptanzprobleme stoßen sie gerade in ihrer eigenen Familie. Das Problem ist dabei eher nicht die mangelnde Integration der Jugendlichen, sondern der Eltern. Darum gilt es, gerade in diesem Bereich klar zu machen, dass die Diskriminierung von Menschen mit einer anderen se-

- xuellen Orientierung nicht akzeptiert werden kann. Diesen Aspekt vergessen Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag vollständig. (C)

Ich bin daher an dieser Stelle sehr froh, dass die Bundesregierung in diesem Bereich bereits fördernd tätig ist. So unterstützte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verschiedene Projekte des Bundesverbandes der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen e.V.: das Elternseminar „Diskriminierung durch Sprache“, die Teilnahme des Verbandes am Evangelischen Kirchentag 2009 und das Bundeselterntreffen. Weiterhin wurde das Projekt des Familien- und Sozialvereins des Lesben- und Schwulenverbandes „Kultursensible Aufklärung zum Thema Homosexualität für Familien mit Migrationshintergrund“ unterstützt. Im Rahmen des Kinder- und Jugendplans als zentralem Förderinstrument des Bundes in der Kinder- und Jugendhilfe können auch Projekte/Initiativen von Migrantenorganisationen finanziell unterstützt werden, soweit die Anforderungen nach den Richtlinien zum KJP erfüllt sind. Dies ist in unseren Augen bereits sehr viel wert.

- Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die christlich-liberale Koalition bei ihren jugendpolitischen Bemühungen die Unterschiedlichkeit von Jugendlichen anerkennt und berücksichtigt. Über das Förderinstrument des Kinder- und Jugendplans des Bundes unterstützt sie unterschiedliche Angebote zum Beispiel für lesbische und schwule Jugendliche. Eine detaillierte Aufstellung des Engagements seitens des BMFSFJ ist den Fraktionen ja bereits vor einiger Zeit im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage der Grünen zugegangen. In diesem Zusammenhang davon zu sprechen, die Regierung würde mit Ignoranz und Desinteresse diesen Jugendlichen gegenüberstehen, wie die Grünen in ihrem Antrag schreiben, halten wir für vermessen und nicht nachvollziehbar. (D)

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Beispiel adressiert lesbische, schwule und bisexuelle Jugendliche zum Themenbereich „Sexualaufklärung“ und „Aidsprävention“. Die Broschüre „Heterosexuell? Homosexuell? Sexuelle Orientierung und Coming-out“ informiert spezifisch zum Coming-out und spricht damit sowohl Jugendliche als auch ihre Eltern an. Es gibt darüber hinaus eine Reihe an guten und erfolgreichen Initiativen, die bundesweit bereits einiges erreicht haben.

Besonders die Arbeit der Verbände trägt dazu bei, dass die Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Jugendlicher abgebaut und ein Klima gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung gefördert wird. Die Bundesregierung unterstützt diese Arbeit, die mehr Kenntnis und Verständnis in der Bevölkerung über gleichgeschlechtliche Lebensweisen schafft. Das bundesweit agierende Jugendnetzwerk Lambda e. V. wird seit 1990 regelmäßig aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans gefördert. Es erhält seitdem sowohl projektbezogene Zuwendungen als auch regelmäßige Fördermittel aus verschiedenen Programmen des KJP. Dieses Beispiel steht Pate für die vielen weiteren Aktivitäten in diesem Bereich.

(A) Eine Chancengleichheit unabhängig von sexueller Orientierung voranzutreiben, ist unser Ziel und soll auf verschiedenen Ebenen und in den unterschiedlichsten Gremien vorangetrieben werden. Um die Jugendlichen zu unterstützen und die Gesellschaft dafür weiter zu sensibilisieren, muss auch in Zukunft einiges unternommen werden. Dies kann jedoch der Bund bei weitem nicht alleine vorantreiben. Gerade um an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen nachhaltig eine Sensibilisierung in Gang zu bringen, kommt es vor allem auf das Engagement der Länder an. Für Programme im Kulturbereich haben weiterhin die Länder die Hoheitsrechte. Diese Kulturhoheit ist im Grundgesetz sogar als „Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder“ verankert. Demnach fallen Fragen zur praktischen Gewährleistung von Diskriminierungsfreiheit für lesbische und schwule Jugendliche und zu deren Akzeptanz an Bildungseinrichtungen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung.

Viele der in dem vorliegenden Antrag gemachten Forderungen, auch wenn sie teilweise richtig sein mögen, richten sich leider an den falschen Adressaten. Dies ist auch einer der Hauptkritikpunkte am Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Insgesamt können wir dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in der vorliegenden Form nicht zustimmen, wengleich wir bei einigen Aspekten des Antrags sicherlich eine ähnliche Sichtweise haben.

(B) **Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU):** Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geht im Grundsatz in die richtige Richtung. Aber anzumerken ist, dass in der heutigen Zeit, in der sich die Gesellschaft zum Glück und endlich gewandelt und weiterentwickelt hat, die verschiedenen Arten der Sexualität stärker akzeptiert und toleriert werden und die Diskriminierung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen deutlich abgenommen hat. Trotzdem ist es ständige Aufgabe der Politik, diesen Prozess der Antidiskriminierung von schwulen, lesbischen oder transsexuellen Jugendlichen weiter zu begleiten.

Tut ein Antrag, wie ihn Bündnis 90/Die Grünen hier stellen, not? Denn Ihre Forderung aus dem Antrag „Lesben, Schwule und Transsexuelle müssen endlich als selbstverständlicher Teil unserer vielfältigen Gesellschaft vollständig anerkannt werden“ ist richtig, aber doch auch größtenteils bereits Realität. Und das nicht nur bei Personen, die im Licht der Öffentlichkeit stehen.

Jugendliche sind bereits selbstbewusst. Bündnis 90/Die Grünen stellen die Jugendlichen in Deutschland in ihrem Antrag so dar, als ob sie nicht selbstständig oder selbstbewusst genug sind, um sich auch über ihre sexuelle Orientierung bewusst zu sein und diese auch nach außen zu vertreten. Doch meiner Meinung ist das zu einseitig: Jugendliche sind nämlich selbstbewusster, als sie hier im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen dargestellt werden.

Shell-Studie 2010: Ich bin eher der Ansicht, dass wir Jugendliche dabei unterstützen sollten, ihre eigenen

Werte und Vorstellungen und damit auch ihr Selbstbewusstsein noch mehr zu verwirklichen, als sie dies ohnehin bereits tun. Aus der Shell-Studie 2010 wird deutlich, dass über zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland optimistisch in die eigene persönliche Zukunft blicken. Ich denke, dass tun sie auch zu Recht. Hinzu kommt die Tatsache, dass nur 18 Prozent der Jugendlichen skeptisch bzw. zweifelnd der Sinnhaftigkeit von grundlegenden moralischen Regeln und Normen gegenüberstehen – und dazu gehört selbstverständlich auch die sexuelle Selbstbestimmung.

Das bedeutet, dass eine positive Lebenseinstellung und genaue Wertvorstellungen für Jugendliche wichtig sind. Dies ist auch in der Frage ihrer sexuellen Ausrichtung wichtig, und wir sollten insbesondere in dieser sehr intimen und persönlichen Frage den Jugendlichen viel mehr Vertrauen schenken.

Rund 95 Prozent der Jugendlichen finden es laut der Shell-Studie 2010 von Bedeutung, dass sie Menschen um sich herum haben, denen man vertrauen und denen man sich anvertrauen kann. Dies meint insbesondere die Familie und die Gruppe der Gleichaltrigen. Wer sich an seine eigene Jugend erinnert, der weiß, dass auf der einen Seite die eigenen Eltern als Vorbilder dienen, aber auf der anderen Seite auch die Freunde, die einen in der Adoleszenz und später prägen. Darauf gilt es aufzubauen. Ein intaktes persönliches Umfeld ist wichtiger und effektiver für die Jugendlichen, die sich auch für ein öffentliches Bekenntnis zu ihrer gleichgeschlechtlichen sexuellen Orientierung entscheiden.

(D) Möglichkeiten staatlichen Handelns: Dafür zu sorgen, dass Jugendliche in einem Umfeld aufwachsen, in dem sie ihre positive Lebenseinstellung er- und ausleben können und ihre individuelle Persönlichkeitsentwicklung voranschreitet, das ist die Aufgabe der Politik. Der Bund schafft hier gemeinsam mit den Ländern gute Rahmenbedingungen: eine gute Schulbildung, verbunden mit einer Perspektive für ein geordnetes und erfolgreiches Berufsleben, sowie eine gute Familienpolitik für die Eltern und Jugendlichen selbst. Dort bringt der Bund sich ein. Und auch hier zeigt die Shell-Studie 2010, dass 70 Prozent der Jugendlichen der Aussage: „Eigentlich ist es sinnlos, sich Ziele für sein Leben zu setzen, weil heute alles so unsicher ist“, widersprechen. Optimismus, Selbstbestimmung und Eigenhandeln sind auch Stärkungselemente bei der Sexualität.

„Tabuisierung oder Desinteresse“ von bzw. an gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen, wie sie im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen dem Bund vorgeworfen werden, sehe ich hierbei nicht. Sowohl die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung als auch die Bundeszentrale für politische Bildung engagieren sich, genauso wie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Rahmen des Kinder- und Jugendplans.

Darüber hinaus sehe ich nicht viele Möglichkeiten staatlichen Handelns vonseiten des Bundes. Wenn es notwendig ist, haben die Länder und Kommunen vor Ort, auch in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Trägern, bessere und direktere Möglichkeiten. Subsidiarität hat sich bewährt, und grundsätzlich sind für alle Fragen

- (A) der Kulturpolitik und Kulturverwaltung – insbesondere für die Bereiche Schulwesen, Hochschule und Erwachsenenbildung/Weiterbildung – nach der im Grundgesetz festgeschriebenen Kompetenzverteilung die Länder zuständig.

Insoweit ist die Botschaft Ihres Antrages richtig, allerdings können wir uns dem Antrag in dieser Form so nicht anschließen.

Christel Humme (SPD): „Du schwule Sau!“ – diese Beschimpfung gehört heute zu den am meisten gebrauchten Beschimpfungen auf deutschen Schulhöfen. Eine besorgniserregend hohe Homophobie gerade unter Jugendlichen belegt auch eine Studie des Kieler Sozialpsychologen Professor Simon. Er befragte rund 1 300 Schülerinnen und Schüler von Berliner Gymnasien und Gesamtschulen nach ihrer Einstellung zur Homosexualität. Demnach findet jeder Zweite der Befragten im Alter zwischen 14 und 20 Jahren es abstoßend, wenn sich Männer in der Öffentlichkeit küssen. Der Widerstand der jungen Menschen mit Migrationshintergrund lag noch über den Aversionen der befragten Deutschen.

Oft bleibt es in der Schule jedoch nicht bei Beschimpfungen und verbalen Erniedrigungen. Mädchen und Jungen werden gemobbt, von der Klassengemeinschaft ausgeschlossen oder sogar tätlich angegriffen. Die Folgen sind Verzweiflung, ein panisches Versteckspiel, das eigene Anderssein zu verbergen, und die Angst, „enttarnt“ zu werden. Manche können diesem Druck auf Dauer nicht standhalten und sehen für sich keine Perspektive mehr. Die Selbstmordrate unter schwulen Jugendlichen liegt bis zu viermal höher als bei ihren heterosexuellen Altersgenossen.

- (B)

Gerade unter Jugendlichen halten sich hartnäckig Vorurteile gegen homosexuell Lebende und Liebende, die viele von uns längst überwunden glaubten. Daher überrascht es nicht, dass unter diesen Bedingungen für viele lesbische, schwule oder transsexuelle Jugendliche ein Coming-out nicht vorstellbar ist. Gerade hier müssen wir ansetzen, um schon in der Schule erlebbar zu machen, was in unserer demokratischen und solidarischen Gesellschaft selbstverständlich sein muss: ohne Angst selbstbewusst anders als die Mehrheit leben zu können.

Dazu brauchen wir Bildungseinrichtungen, die nicht nur bestmögliche Förderung für alle bieten, sondern in denen für Lehrende und Lernende ein diskriminierungsfreier Raum garantiert ist. Grundlage dafür ist ein ganzheitlicher Bildungsansatz, der die Normalität und die Vielfalt menschlichen Zusammenlebens von Kindesbeinen an vermittelt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern selbstverständlichen Respekt und Akzeptanz. Wir stehen für eine bunte Gesellschaft, in der Vielfalt als Bereicherung wahrgenommen wird.

Rot-Grün hat in Regierungsverantwortung vieles vorbringen können. Ich nenne hier nur das Lebenspartnerschaftsgesetz, mit dem schwule und lesbische Paare ihrer Beziehung endlich einen rechtlichen Rahmen geben konnten, oder das sehr gute rot-grüne Antidiskrimi-

nierungsgesetz, das leider durch die Bundestagswahl 2005 nicht mehr in Kraft treten konnte. Die SPD konnte in der Großen Koalition gegen erhebliche Widerstände der Union einen Großteil des Gesetzes als AGG durchsetzen. Noch sind leider nicht alle rechtlichen Benachteiligungen beseitigt. Dennoch haben wir als Gesetzgeber hier wichtige Signale in die Gesellschaft setzen können, um auch die Rechte von Lesben, Schwulen, bi- und transsexuellen Menschen zu stärken.

Neue Familienformen sind entstanden: „Regenbogenfamilien“, in denen sich statt Vater und Mutter eben zwei Mamis oder zwei Papas liebevoll und fürsorglich um ihre Kinder kümmern, werden immer selbstverständlicher.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen müssen stärker als bisher in der Schule vermittelt werden. Dieser Ort für gemeinsames Lernen hat eine besondere Aufgabe. Hier müssen wir stärker die Chancen nutzen, die selbstverständliche Akzeptanz von gesellschaftlicher Vielfalt durch gegenseitiges Erleben und Kennenlernen in den Köpfen der jungen Menschen zu verankern.

Was ist zu tun? Wir müssen durch aufeinander abgestimmte Präventionsstrategien dafür sorgen, dass gleichgeschlechtlich liebende Jugendliche nicht länger mit Ablehnung und Hass konfrontiert werden. An jeder Schule müssen kompetente und qualifizierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Lernende und Lehrer zur Verfügung stehen.

Jugendliche benötigen darüber hinaus bundesweit flächendeckende Beratungsstellen, in denen sie konkrete Hilfe und Unterstützung bekommen können. In Großstädten ist bereits eine entsprechende Infrastruktur vorhanden, doch gerade in ländlichen Regionen fehlt den jungen Männern und Frauen oft noch eine kompetente Vertrauensperson in ihrer Nähe. Das Internet ist hier eine zusätzliche wichtige Anlaufstelle. So bietet beispielsweise die Bundeszentrale für politische Bildung und auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu den Themen Sexualität und Geschlechterrollen umfangreiche Informationen. Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Beratung kann auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes Wichtiges leisten, indem sie die Vernetzung der Akteure vor Ort weiter voranbringt und den Ausbau einer guten flächendeckenden Beratungsstruktur unterstützt.

Wir brauchen verbindliche Rahmenrichtlinien in allen Bundesländern, damit die bestehende Vielfalt von sexuellen Identitäten positiv dargestellt wird. Dazu brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer, die sich diesem Thema unverkrampft und ohne rot zu werden widmen. In diesem Zusammenhang ist auch beim Thema Weiterbildung bzw. im Lehramtsstudium sicherlich eine stärkere Sensibilisierung sinnvoll. Hier sind die Bundesländer in der Verantwortung, ihre jeweiligen Richtlinien kritisch zu überprüfen. Auch in vielen Schulbüchern und anderen Medien hat die gleichberechtigte Darstellung verschiedener Formen von Sexualität noch nicht den Stellenwert, der ihr gebührt. Das Thema darf sich weder im Unterricht noch in Lehrmaterialien ausschließlich auf Gesundheitsaufklärung und HIV/Aids beschränken.

(C)

(D)

(A) Vor allem aber muss es uns gelingen, die Schülerinnen und Schüler selbst für das Thema zu sensibilisieren und ihnen Respekt sich selbst und anderen gegenüber zu vermitteln. Eine Möglichkeit ist, durch entsprechende Jugendwettbewerbe, verstärkt auf kreative Umsetzung des Themas unter der Zielgruppe selbst zu setzen. Mein Bundesland NRW geht hier mit dem Projekt „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ den richtigen Weg. Ich freue mich daher sehr, dass die rot-grüne Landesregierung in NRW die Bekämpfung von Homophobie ausdrücklich als eine Querschnittsaufgabe sieht und im Landesjugendplan speziell die besondere Unterstützung von lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Jugendlichen bei der Entwicklung ihrer sexuellen Identität in Schule und Jugendhilfe gesichert hat.

Doch nicht nur die Länder sind bei der Bekämpfung von Homophobie in der Verantwortung. Auch die schwarz-gelbe Bundesregierung, die sich ja laut eigener Aussage für „Chancengerechtigkeit unabhängig von der individuellen sexuellen Orientierung“ einsetzt, steht hier in der Pflicht. Im nationalen Integrationsplan muss das Thema Akzeptanz von Trans-, Bi- und Homosexualität endlich verankert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den vorliegenden Antrag der Grünen. Wir setzen uns auch in Zukunft für eine solidarische und freie Gesellschaft ein, in der gelebte Vielfalt – Diversity – zur Selbstverständlichkeit wird.

(B) **Stefan Schwartz (SPD):** Wir diskutieren heute den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der zum Ziel hat, schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche zu stärken. Das ist ein wichtiges Anliegen und verdient unsere volle Unterstützung.

Schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche haben es in unserer Gesellschaft schwer. Oft sind sie sich ihrer sexuellen Orientierung noch nicht sicher und werden gehänselt, gemobbt und drangsaliert, oder sie werden sogar Opfer von Gewalt. Diese Jugendlichen müssen vor Diskriminierung wirksamer geschützt werden.

Es ist bedrückend, dass laut einer Studie der Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport von 1999 18 Prozent der schwulen oder lesbischen Jugendlichen bereits einen oder mehrere Selbstmordversuche hinter sich hatten, mehr als die Hälfte hatte bereits an Selbstmord gedacht. Das Selbstmordrisiko ist damit bei gleichgeschlechtlich orientierten Jugendlichen viermal höher als bei Jugendlichen mit heterosexueller Orientierung. Die Jugendlichen brauchen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die beraten und helfen können. Insbesondere brauchen wir aber Programme, die die Akzeptanz von homosexuellen Jugendlichen stärken.

Welche Instrumente dafür eingesetzt werden können, soll in einer breit angelegten bundesweiten wissenschaftlichen Studie zur Lebenssituation homosexueller Jugendlicher untersucht werden. Hierzu liegt bereits ein Beschluss des Bundestages vor, den wir als SPD-Bundestagsfraktion auch schon damals unterstützt haben.

(C) Leider ist die Umsetzung in der Großen Koalition mit Frau von der Leyen nicht möglich gewesen. Diese Studie ist wichtig, um Erkenntnisse über die Lebenssituation von homosexuellen Jugendlichen zu erhalten, um daraus Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung abzuleiten.

Ohnehin sind die Gelder, die für schwule und lesbische Jugendliche im Kinder- und Jugendplan ausgegeben werden, verschwindend gering. Im Kinder- und Jugendplan von 2009 waren es lediglich 200 000 Euro, die die Bundesregierung für diese Zielgruppe ausgegeben hat. Ganze 186 Millionen Euro stehen der Bundesregierung insgesamt für den Kinder- und Jugendplan zur Verfügung.

Insbesondere die Beratung von schwulen, lesbischen und transsexuellen Jugendlichen muss ausgebaut werden. Wir brauchen eine Förderung der schwul-lesbischen Jugendarbeit und einen systematischen Ausbau entsprechender Angebote im Kinder- und Jugendplan. Auch der vorgeschlagene „Jugendwettbewerb gegen Homophobie und für Vielfalt“ kann dafür ein Instrument sein.

(D) Viele Maßnahmen, die wir brauchen, um der Diskriminierung von schwulen, lesbischen und transsexuellen Jugendlichen entgegenzuwirken, fallen leider in den Aufgabenbereich der Länder. Hier müssen wir alle an einem Strang ziehen, auch die Länder müssen ihren Beitrag leisten. Wir brauchen ein Aufbrechen heteronormer Familien- und Wertvorstellungen in Schul- und Sachbüchern. Wir brauchen eine verbesserte Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zu diesen Themen. Wir brauchen verbesserte Schulungen von Lehrkräften im Umgang mit homo- und transsexuellen Jugendlichen sowie die Schulung von Vorgehensweise zum Umgang mit diskriminierenden Situationen und diskriminierendem Verhalten von Schülerinnen und Schülern.

Es steht außer Frage, dass noch immer Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen in Deutschland diskriminiert werden. Sie sind in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Viele Gesetze haben zwar die rechtliche Situation inzwischen deutlich verbessert, aber ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz würde endlich eine klare Maßgabe für die Gesetzgebung schaffen.

Wir brauchen ein öffentliches und deutliches Bekenntnis, dass Gesichtspunkte der sexuellen Identität eine ungleiche Behandlung unter keinen Umständen rechtfertigen können. Dafür brauchen wir eine Änderung des Art. 3 Abs. 3 Satz 1. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linken haben hierzu jeweils Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht, die noch nicht entschieden sind. In dieser Frage müssen wir endlich vorankommen, und es ist absolut unverständlich, warum die schwarz-gelbe Koalition in dieser Frage so zögerlich ist, zumal wir in der EU-Grundrechtecharta seit 2009 den Diskriminierungsschutz für Lesben, Schwule und Transgender verankert haben.

(A) **Florian Bernschneider (FDP):** Die Fraktion der FDP begrüßt, dass sich das Hohe Haus auf Basis der vorliegenden Initiative mit der Lebenssituation von schwulen, lesbischen und transsexuellen Jugendlichen befasst. Wir tun dies auch vor dem Hintergrund, dass sich die von CDU, CSU und FDP getragene Regierung in Gleichstellungsfragen von Homosexuellen im Vergleich zu ihren Vorgängerregierungen überhaupt nicht zu verstecken braucht. Stichworte sind hier beispielsweise die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe in den Bereichen BAföG, Grunderwerb- und Erbschaftsteuer, Beamten-, Soldaten- und Richterrecht, die wir umgesetzt haben. Auch sollte nicht vergessen werden, dass die Liberalen nach einer zehn Jahre dauernden, unwürdigen Hängepartie, die unter Rot-Grün begann und sich unter Schwarz-Rot fortsetzte, dafür gesorgt haben, dass die Magnus-Hirschfeld-Stiftung in diesem Jahr das notwendige Startkapital erhält, damit sie endlich ihre Arbeit aufnehmen kann.

Was ich ausdrücklich nicht begrüße, ist der völlig unangemessene und parteipolitisch motivierte Ton, der in dem vorliegenden Antrag angeschlagen wird. Wenn ich in dem Antrag lese, dass die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Lesbische und schwule Jugendliche“ der Grünen die Ignoranz und das Desinteresse dieser Regierung an den Jugendlichen und ihren Sorgen zutage gefördert habe, ist dies eine üble Unterstellung. Die Grünen schießen hier vor lauter Profilierungswut völlig über das Ziel hinaus.

(B) Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen ist ein Beleg für die vielschichtige Jugendpolitik dieser Koalition. Die Trägervielfalt geht vom Deutschen Sportbund über das Jugendnetzwerk Lambda – der LesBiSchwule Jugendverband in Deutschland, den Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen e.V. bis hin zum Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes LSVD. Die Förderung von Projekten, Programmen und Institutionen, die sich für die Gleichstellung und Unterstützung von homosexuellen, lesbischen und transsexuellen Jugendlichen einsetzen, ist schon lange ein ganz selbstverständlicher Bestandteil der Förderstruktur im Kinder- und Jugendplan des Bundes.

Es ist genau zu prüfen, inwieweit ein weiterer Ausbau dieser Programme sinnvoll erscheint. Ja, die Grünen haben recht, schwule und lesbische Jugendliche unterscheiden sich durch ihre sexuelle Identität von heterosexuellen Jugendlichen. Die Herausforderungen, die sie während des Heranwachsens meistern müssen, sind enorm. Nicht selten erleben sie Ausgrenzung oder sogar antihomosexuelle Gewalt. Sie müssen in Teilen der Gesellschaft, aber oft auch bei Familie und Freunden stärker um Akzeptanz kämpfen. Hier benötigen sie Anerkennung und Unterstützung. Dafür setzen sich die Liberalen seit Jahren mit Nachdruck ein.

Es ist insbesondere meiner Fraktion zu verdanken, dass der Deutsche Bundestag das Stiftungskapital für die Magnus-Hirschfeld-Stiftung bewilligt hat. Die Stiftung wird sich unter anderem gegen Ausgrenzung und Gewalt

(C) gegenüber Lesben und Schwulen wenden und durch Bildung und Forschung gesellschaftlicher Diskriminierung entgegenwirken. Was die künftige Arbeit der Stiftung angeht, sind wir Liberale der Meinung, dass die Fortbildung und damit die Sensibilisierung von Multiplikatoren in der Schul- und Jugendarbeit eine wichtige Aufgabe der Stiftung sein sollte.

Darüber hinaus hat das BMFSFJ Studien zur Situation von homosexuellen Jugendlichen in Auftrag gegeben und dabei auch die Belange von Schwulen und Lesben mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt. Dabei stellte sich heraus, dass sich schwule und lesbische Jugendliche mit Migrationshintergrund in der deutschen Gesellschaft anerkannt fühlen, während sie in ihren Migrationscommunities mit Ablehnung konfrontiert werden. Die Integration der Familien wird damit zum entscheidenden Faktor für einen offeneren Umgang mit der sexuellen Identität der Kinder. Hier ist die christlich-liberale Koalition aktiv geworden und hat beispielsweise die stark nachgefragten Integrationskurse des Bundes finanziell besser ausgestattet. Auch im Bereich des gerade von den Grünen so stark kritisierten Freiwilligendienstkonzeptes und in der nationalen Engagementstrategie nimmt das Thema Integration breiten Raum ein. Und das nicht ohne Grund: Die erfolgreiche Integration von Zugewanderten wird mit Blick auf den Fachkräftemangel und den demografischen Wandel in unserem Land eine der politischen Mammutaufgaben der nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte sein.

(D) Die Grünen weisen in ihrem Antrag darauf hin, dass die Suizidrate bei schwulen und lesbischen Jugendlichen weitaus höher liegt als bei heterosexuellen. Ich möchte hier deutlich sagen, dass ich als jugendpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion diese Zahlen sehr ernst nehme. Wir brauchen in diesem Zusammenhang Aufklärung und gegebenenfalls Strategien, um gefährdete Jugendliche, die keinen Halt in der Familie oder im Freundeskreis finden, zu unterstützen. Gleichzeitig sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Zahl der Suizide bei Jugendlichen insgesamt seit den 1980er-Jahren mehr als halbiert hat. Dies zeigt, dass sich Jugendliche in Deutschland in der schwierigen Phase des Heranwachsens heutzutage besser unterstützt und akzeptiert fühlen als noch vor 20 Jahren.

In einer freiheitlichen und modernen Gesellschaft haben Diskriminierungen von homosexuellen Jugendlichen wie auch Diskriminierungen anderer Gruppen keinen Platz. Sie sind Teil unserer Gesellschaft und verdienen es deshalb auch, als solcher behandelt zu werden. Spezielle Förderprogramme und -maßnahmen müssen aber in ein Gesamtkonzept eingebunden sein. Viele der Forderungen im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Länder – gerade im Bereich der Schulen. Wir müssen die Länder für ihre Zuständigkeiten, die sie wollen, dann auch in die Verantwortung nehmen. Die FDP hat zum Beispiel zwischen 2005 und 2010 in NRW dafür gesorgt, dass trotz harter Sparpolitik Fördermittel für die schwul-lesbische Selbsthilfe erhalten blieben. Daraus wurde unter anderem das Schulaufklärungsprojekt SchLAu NRW finanziert, das

- (A) Vorbild sein kann für andere Bundesländer. Nicht jede sinnvolle Förderung kann und muss also vom Bund geleistet werden.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen selbst hat zuletzt in einem Antrag den Flickenteppich an Modellprogrammen, der im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik im Zuständigkeitsbereich des Bundesfamilienministeriums existiert, kritisiert. Ich würde es ausdrücklich begrüßen, wenn sie solchen lichten Momenten der Einsicht auch entsprechende parlamentarische Taten folgen lassen würde. Stattdessen kritisiert sie, zusammen mit den anderen Oppositionsfraktionen, die Bundesregierung dafür, dass sie spart. Im gleichen Atemzug fordert sie mit Blick auf die Generationengerechtigkeit lautstark ausgeglichene Haushalte, was sie selbstverständlich nicht davon abhält, in der Öffentlichkeit vollmundige Versprechungen über höhere Sozialausgaben, Bürgerversicherungen mit Sorglosgarantie und Ähnliches zu verbreiten. Und dann setzt sie dem Ganzen die Krone auf, indem sie ohne Gegenfinanzierungsvorschläge Anträge ins Parlament einbringt, in denen ihr nichts Besseres einfällt, als immer wieder neue Modellprojekte und -programme und damit Ausgaben zu fordern. Zu der Frage, wo eigentlich die finanziellen Mittel für ihre Wünsche herkommen sollen, schweigt sie. Das scheint mittlerweile zu ihrer politischen Methode zu werden.

- (B) In NRW können wir gerade beobachten, wie generationengerecht die rot-dunkelrot-grüne Politik daherkommt. Es würde der Debatte und den Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen sicherlich guttun, wenn die Grünen sich weniger auf ihre Außendarstellung konzentrieren und mehr um die politische Sacharbeit kümmern würden.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE): Der vorliegende sehr gute Antrag findet die volle Unterstützung der Fraktion Die Linke. Denn die Situation von lesbischen, schwulen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Jugendlichen erfordert ein engagiertes Handeln. Das Wort „schwul“ ist das gebräuchlichste Schimpfwort an deutschen Schulen. Mobbing sowie psychische und physische Schläge haben Betroffene zu erleiden. Junge Menschen, die sich in der Findungsphase ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität befinden, stehen oftmals schutzlos und allein da. Viele leiden unter Depressionen. Einige begehen einen Suizidversuch. Nach einer Studie der Berliner Landesantidiskriminierungsstelle weisen homosexuelle Jugendliche ein sechsfach höheres Selbstmordrisiko auf; dies bestätigte die Bundesregierung im Jahr 2006.

Die vom Bundestag 2005 beschlossene Studie zur Situation homosexueller Jugendlicher fehlt. Ich fordere die Bundesregierung auf, einen konkreten Zeitplan zur Umsetzung der Studie vorzulegen. Eine Studie wird die konkrete Situation analysieren und Defizite aufzeigen, insbesondere die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis. Vieles steht auf Papier. Aber Papier ist bekanntlich gelduldig. Nehmen wir die Rahmenlehrpläne für den Unterricht vieler Bundesländer. Häufig wird die Förderung der

- sexuellen Vielfalt explizit benannt. Doch umgesetzt wird dies nur selten. (C)

Wie können wir von Lehrerinnen und Lehrern eine Umsetzung einfordern, wenn sich viele von ihnen selbst nicht trauen, sich zu ihrer Homosexualität zu bekennen? Lehrerinnen und Lehrer haben ebenso wie Schülerinnen und Schüler Mobbing durch das Kollegium und von Schülerinnen und Schülern zu befürchten.

Das umfangreiche Maßnahmenpaket der Initiative „Berlin steht ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ des rot-roten Berliner Senats zielt auf konkrete Veränderungen im Bildungsbereich und der Verwaltung. Nehmen wir die Schule: Hier werden mit Informationsveranstaltungen und Fortbildungen Lehrerinnen und Lehrer in Leitungsfunktion sensibilisiert und die Leiterinnen und Leiter der Ausbildungsseminare der Referendare werden mit Modulen zur sexuellen Vielfalt ausgestattet. Hier werden Grundsteine zum Diskriminierungsschutz an Schulen gelegt und die Akzeptanz der sexuellen Vielfalt dauerhaft gestärkt.

Wir fordern konsequente und schnelle Maßnahmen der Bundesregierung auch und gerade im Bildungsbereich durch eine enge Zusammenarbeit mit den Bundesländern. Von Berlin werden sie dabei die Unterstützung erhalten, um Maßnahmen zur Stärkung der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt zu entwickeln.

- (D) Im Oktober 2010 schreckten die Suizide von schwulen Schülern in den USA auf. Auch sie wurden gemobbt, drangsaliert und waren Schlägen ausgesetzt. Dies führte zu tiefer Bestürzung und rüttelte den Präsidenten auf. Präsident Obama mahnte die Akzeptanz von homosexuellen Schülerinnen und Schülern an – ein einmaliger Vorgang in den USA, dem aber keine konkreten Maßnahmen der Regierung folgten. Ich hoffe, dass die Bundesregierung mutiger ist und mit Unterstützung des Parlaments die geforderten Maßnahmen umsetzt.

Die Ausgrenzung von lesbischen, schwulen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Jugendlichen ist nicht hinnehmbar. Liebe verdient Respekt und Vielfalt, ist eine Bereicherung.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche stärken und unterstützen. Ich wünsche mir von dieser Bundestagsdebatte das starke Signal, dass Anderssein nicht verkehrt ist und gleichgeschlechtliche Liebe dieselbe Wertschätzung wie heterosexuelle verdient. Wir haben die Vision einer Gesellschaft, in der schwule und lesbische Jugendliche ohne Sorge vor Homophobie und Diskriminierung verschieden sein können. Sie müssen endlich als selbstverständlicher Teil unserer vielfältigen Gesellschaft anerkannt werden. In ihrem Alltag und Lebensumfeld – in Familie, Schule, Beruf und Freizeit sowie bei rechtlichen Regelungen – sind Lesben, Schwule und Transsexuelle noch immer nicht allorts akzeptiert und vollständig gleichgestellt. Diese Benachteiligung hat besonders negative Auswirkungen auf die junge Generation; und das muss sich endlich ändern. Jeder und jede Jugendliche hat unabhängig von der sexuellen Identität

(A) tität ein Recht auf beste Bedingungen des Aufwachsens und zur Persönlichkeitsentwicklung. Gerade für junge Lesben und Schwule sind gleiche Teilhabe sowie die Sichtbarkeit und der Respekt vielfältiger Lebensformen unerlässlich. Schwule und lesbische Jugendliche müssen überall selbstbestimmt sowie angst- und diskriminierungsfrei leben können.

Vieles hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zum Positiven entwickelt; die Situation hierzulande wird besser. Bei meinem Coming-out Mitte der 90er-Jahre habe ich von der zunehmenden gesellschaftlichen Liberalisierung und den Erfolgen der schwul-lesbischen Emanzipations- und Bürgerrechtsbewegung profitieren können. Und trotzdem war das Coming-out auch für mich kein leichter, sondern ein bisweilen belastender und krisenhafter Prozess. Das hat sich für die junge Generation auch im Jahr 2011 kaum geändert. Trotz gesellschaftlicher und politischer Fortschritte bestehen in Teilen der Gesellschaft weiter Vorurteile gegenüber gleichgeschlechtlichen Jugendlichen: Sie werden konfrontiert mit Unverständnis, Unwissenheit bis hin zu Ablehnung und Ausgrenzung. Nach wie vor sind viele Eltern ebenso überfordert wie die Schule oder Jugendeinrichtung. „Schwule Sau“ darf nicht länger Schimpfwort Nummer eins auf den Schulhöfen bleiben. Zwar gibt es in vielen Städten schwul-lesbische Einrichtungen oder sogar Jugendzentren. Vielerorts, besonders in ländlichen Räumen, fehlen Jugendlichen aber noch immer kompetente Anlaufstellen, die sie bei ihrem Coming-out unterstützen, oder Freizeitangebote, bei denen sie Gleichaltrige treffen und kennenlernen können.

(B) Alarmierend ist, dass Suizidversuche bei homosexuellen Jugendlichen siebenmal häufiger auftreten als bei heterosexuellen. Skandalös ist, dass angesichts dieser von ihr selbst bestätigten Daten schon die Vorgängerregierung bei Antworten auf grüne Anfragen „keinen Handlungsbedarf“ sah und dem derzeitigen Jugendministerium diese Daten nicht einmal mehr bekannt sind, wie die Antwort auf unsere letzte Kleine Anfrage zu diesem Thema belegt. Wie würde sich wohl Frau Schröder als Mutter einer 15-jährigen lesbischen Tochter oder eines 17-jährigen schwulen Sohns bei einer solch empörenden Ignoranz einer Bundesregierung gegenüber dem Wohlergehen ihres Kindes fühlen? Sie sollte einen Moment darüber nachdenken und als Jugendministerin mit uns gemeinsam klare politische Konsequenzen daraus ziehen. Es geht um immerhin fünf bis zehn Prozent der Jugendlichen, die lesbisch oder schwul sind, deren Familien und Freundeskreise. Deren Belange dürfen nicht länger unbeachtet bleiben, Handeln ist überfällig.

Wir brauchen dringend einen gemeinsamen und umfassenden Handlungs- und Aktionsplan von Bund und Ländern, um homosexuelle Jugendliche zu stärken:

Wir fordern die Regierung auf, endlich den Bundestagsbeschluss von 2005 umzusetzen und eine breit angelegte bundesweite wissenschaftliche Studie zur Lebenssituation lesbischer und schwuler Jugendlicher durchzuführen. Diese Studie muss nicht nur ein fundiertes aktuelles Gesamtbild, sondern unter anderem auch Handlungsimp-

fehlungen zur Überwindung homosexuellenfeindlicher Einstellungen beinhalten. Wenigstens darauf müssten wir uns doch fraktionsübergreifend verständigen können.

Wir fordern das Bundesjugendministerium auf, ein umfangreiches Paket an Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, um die dramatisch hohen Zahlen von Mobbing, Gewalt und Suizidversuchen homosexueller sowie transsexueller Jugendlicher zu senken und damit ihr Recht auf Gesundheit und Wohlergehen zu garantieren. Wir fordern eine stärkere Förderung schwul-lesbischer Jugendarbeit, eine feste Verankerung im Kinder- und Jugendplan des Bundes sowie den systematischen Ausbau zielgruppengerechter Angebote.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie gemeinsam mit den Ländern ein Maßnahmenpaket zur Stärkung lesbischer, schwuler und transsexueller Jugendlicher in Bildungs- und Jugendeinrichtungen auf den Weg bringt. Dabei muss sie bei den Ländern unter anderem darauf hinwirken, Schulmaterialien für die positive Darstellung von Vielfalt der Familien, Partnerschaften und Lebensweisen zu öffnen.

Daneben sollte das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie schwul-lesbischen Jugend- und Bürgerrechtsverbänden weitere Informationsmaterialien für Jugendliche und Erwachsene initiieren.

(D) Die Jugend- und die Bildungsministerin sollten bei den Bundesländern dafür eintreten, dass Lehrpläne in den Schulen um Themen wie die Vielfalt sexueller Identitäten und Lebensweisen, die Geschichte und Menschenrechtslage Homosexueller erweitert werden. Darüber hinaus braucht es flächendeckend Handreichungen für Lehrerinnen und Lehrer mit pädagogisch-didaktischen Unterrichtsmaterialien, Aus- und Weiterbildungsprogramme für Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe zu Themen wie sexuelle Vielfalt – Diversity – und Identität, Coming-out und Prävention von Homo- und Transphobie.

Auch der nationale Integrationsplan ist um interkulturelle Angebote zu den Themen sexuelle Vielfalt und Selbstbestimmung sowie Homo- und Transphobie zu erweitern, um gezielte Angebote für homosexuelle Jugendliche mit Einwanderungsgeschichte und ihre Eltern zu initiieren. Hilfreich wären zudem ein „Jugendwettbewerb gegen Homophobie und für Vielfalt“ und eine bundesweite Informations- und Akzeptanzkampagne, um eine breitere Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Das alles sind wirksame Maßnahmen, die wir der Regierung und allen Fraktionen vorschlagen und wofür wir um Ihre Unterstützung werben. Um die Situation homosexueller Jugendlicher zu verbessern und ihnen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, braucht es endlich beherrztes Handeln statt Tabuisierung oder Desinteresse!